

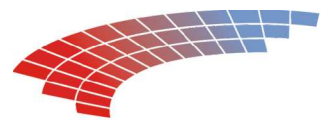


Mit Menschen rechnen, nicht mit Zahlen

Bayern – nur gerechter

Rede von
Franz Maget, MdL,
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
in der Haushaltsdebatte des Bayerischen Landtags
(Auszüge)

12. Dezember 2006



Bayern

SPD

Mit Menschen rechnen, nicht mit Zahlen

Bayern – nur gerechter Jetzt haben Sie dem Ministerpräsidenten wieder einmal großen Beifall geschenkt und ihm gehuldigt. Heute Nachmittag sticheln Sie weiter hinter seinem Rücken und reiben sich schadenfroh die Hände, wenn Ihre Landrätin aus Fürth zum Putsch gegen Herrn Stoiber aufruft. Gell, Herr Beckstein. Sie sind mir schöne Helden und Heuchler. Heute demonstrieren Sie Einigkeit und morgen denken Sie schon wieder laut: Wann hört denn der Herr Stoiber endlich auf?

Genauso wird es später nach der Rede von Herrn Herrmann sein. Da werden Sie auch wieder demonstrativ klatschen, um später am Tresen der Landtagsgaststätte über seine Führungsschwäche herzuziehen. Alles passiert nur nach dem Motto: Nach außen Hui und nach innen Pfui.

Lassen wir uns also durch die Fassade nicht täuschen, sondern wenden wir uns der tatsächlichen Lage unserer Regierung und unseres Landes zu. Nach dieser Orgie der Selbstbeweihräucherung ist vielleicht etwas Realismus angesagt.

Die Staatsregierung, meine Damen und Herren, ist schwach geworden. Der Ministerpräsident ist angeschlagen, und die CSU ist in zentralen Fragen der Landespolitik orientierungs- und führungslos.

Glauben Sie denn wirklich, dass Sie die großen Probleme des Landes lösen können, wenn Sie nicht einmal den Ladenschluss regeln können. Glauben Sie das wirklich? Sie können doch gar nichts mehr.

Jüngstes Beispiel gestern: Herr Söder sagt, wir wollen die Pkw-Maut, und er begründet das mit dem Satz: Die Maut ist sinnvoll, weil sie gerecht ist. Drei Tage vorher sagt der Fraktionsvorsitzende der CSU: Wir lehnen die Pkw-Maut ab; dagegen sprechen ökologische und soziale Gründe. – Ja, was jetzt? – Sie sitzen doch nur fünf Meter auseinander. Vielleicht werden Sie sich einmal einig, was sozial und was gerecht ist.

Stoiber verbreitet Endzeitstimmung

Tatsache ist: Nur noch eine Minderheit in Bayern findet Stoiber als Ministerpräsidenten gut, ist mit seiner Arbeit zufrieden und will, dass er 2008 wieder kandidiert – nur noch eine Minderheit in Bayern. Das kommt nicht von ungefähr. Dafür gibt es inhaltliche Gründe, auf die ich noch kommen werde. Ein Grund liegt immer noch in seiner feigen Flucht aus Berlin. Die Scheu davor, Verantwortung in der großen Koalition zu übernehmen, statt hier dauernd gegen sie anzustänkern, bleibt dauerhaft als Makel bestehen.

„Die Welt“ schreibt dazu – ich zitiere –: „Der Besserwisser hat Kollateralschäden verursacht, die kaum abzusehen sind. Er verzockte den letzten großen Trumpf der Union, die moralische Überlegenheit.“ Weiter schreibt „Die Welt“ – das muss man sich wirklich einmal anhören –, eine konservative Zeitung in Deutschland: „Das Getöse aus München wird für lange Zeit nur mehr als Folklore wahrgenommen werden. Die CSU als Trachtenverein und Stoiber als schwarzer Oskar: Auf einen Schlag hat ein Zocker Bayerns größtes Kapital verspielt, den Respekt.“

Die Menschen sagen, wer zu schwach ist, um Verantwortung in Berlin zu übernehmen, für den ist Bayern zu schade, um von ihm regiert zu werden.

Nun denken Sie offenbar an das Ende Ihrer Karriere und wollen – so haben Sie sich ausgedrückt – nur noch ein Wurzelwerk suchen und pflegen – fürwahr eine merkwürdige Einlassung für einen starken Ministerpräsidenten. Die „Passauer Neue Presse“ bemerkt dazu – ich zitiere –: „Stoiber verbreitet Endzeitstimmung.“

Jetzt haben Sie auch noch eine Kabinettsumbildung angekündigt. Die „Frankenpost“ sieht sogar ausgerechnet den bayerischen Finanzminister Faltlhauser als ersten Kandidaten für ein Ausscheiden aus dem Kabinettt. Herr Kollege Christ hat den Ausschnitt sogar dabei. Der erste Kandidat für ein Ausscheiden sind angeblich ausgerechnet Sie, Herr Prof. Dr. Faltlhauser.

Dabei hat er Sie doch gerade noch so gelobt. Vielleicht haben Sie Glück, Herr Prof. Dr. Faltlhauser; denn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ konstatiert Folgendes – ich zitiere –: „Es ist ein geschwächter Stoiber, der taktieren muss und wenig handeln darf, um an der Spitze weiter geduldet zu werden.“

Bayern ist gut, aber Bayern könnte noch viel mehr

Meine Damen und Herren, dabei muss man fraglos anerkennen, dass Bayern nicht nur ein wunderschönes Land ist – ich meine, das schönste auf der Welt, wofür Sie wenig können –, sondern auch ein erfolgreiches Land war und ist. Viele Entscheidungen und Weichenstellungen in diesem Land hätten wir nicht anders getroffen als Sie.

Die wirtschaftliche Situation ist besser als die anderer Länder, aber dafür – und hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Dr. Stoiber – muss man kämpfen. Ich sage, Bayern ist gut, aber Bayern könnte noch viel mehr.

Für Leistungen der Vergangenheit bekommt man wenig, wenn man die Chancen der Zukunft verspielt. Deswegen zum letzten Mal ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Da schreibt man über Edmund Stoiber am 26. November: „Der CSU-Chef rennt von Termin zu Termin, sagt irgendwas zu fast jedem Thema, gerät ständig in semantische Nöte und verliert den Überblick über sein Land und seine Partei.“ – So ist es. Es geht um den Überblick über unser Land.

Gegenwärtig hilft uns eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Wachstum, steigende Steuereinnahmen, die Entwicklung der Gewerbesteuer in den Kommunen, Exportstärke – die viel gescholtene Politik von Gerhard Schröder und die gezielten Wachstumsimpulse der Bundesregierung zeigen Wirkung. Wir haben keinen Anlass zur Euphorie, aber die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird besser, was sich natürlich auch in Bayern auswirkt. Die Einnahmen steigen deutlich an. Allein die Mehrwertsteuer spült in den bayerischen Haushalt in den nächsten Jahren jedes Jahr 900 Millionen Euro. Ich denke, das ist Anlass genug, endlich zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu kommen.

Haushaltspolitik muss den Menschen dienen - nicht dem Wahlkampfkalender.

Die bayerische Haushaltspolitik – Sie haben sich mit Selbstlob geradezu überschüttet – lässt in Wahrheit Zuverlässigkeit und Stetigkeit vermissen. Sie ist ein ständiges Auf und Ab. „Raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln“ ist die Devise. 1995 bis 2003 haben Sie atemlos Geld ausgegeben und Privatisierungserlöse in Milliardenhöhe verbraucht. 2004 bis 2006 haben Sie Kürzungsorgien veranstaltet, dargestellt als Sorge um die Zukunft. In Wahrheit war die schwarze Null lediglich als Wahlkampfschlager für 2006 geplant.

Im Jahr 2008 – das ist auch schon ausgeplaudert worden und in den Zeitungen nachzulesen – soll wieder umfassend Geld ausgegeben werden. Sie haben Milliarden-Programme für alles Gute, Schöne und Nützliche angekündigt für 2008. – Komisch, so ein Zufall, ausgerechnet 2008. Wie gut, dass da in Bayern zufällig Landtagswahlen stattfinden. Ich sage

Ihnen aber, Haushaltspolitik muss den Menschen dienen und darf sich nicht nach Ihrem Wahlkampfkalender richten, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

Dabei hätten wir jetzt eine gute Gelegenheit, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben. Sie haben 2,5 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Doch diese Mehreinnahmen führen nicht zu höheren Investitionen für unsere Zukunft. Die Staatsausgaben steigen, aber die Investitionsquote bleibt niedrig. Sie haben in den Jahren, in denen Sie regieren, die Investitionsquote in Bayern halbiert. Das ist schlecht für die Zukunft dieses Landes; das ist ein Armutszeugnis und kein Reichtumsbericht.

Mittlerweile sind die Folgen dieser Politik offenkundig. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, der Freistaat lässt seine Bauten verkommen. Hier geht es um den Bericht des Obersten Rechnungshofs. Sie haben nicht recht, wenn Sie sagen, unsere Politik ist für die kommenden Generationen gedacht. Weil Sie nichts investieren für die kommenden Generationen, schaden Sie der Zukunft dieses Landes.

Länderfinanzausgleich muss korrigiert werden

Es gibt keinen Zweifel: Bayern hat bessere Finanzdaten als andere Länder in Deutschland, aber wohlfeile und allseits beliebte Ländervergleiche nützen an dieser Stelle wenig. Besser als Vergleiche anzustellen, wäre es in der Tat, Herr Finanzminister, im Rahmen der Föderalismusdiskussion II den Länderfinanzausgleich auf den Prüfstand zu stellen.

Es mag einmal gut und fair gewesen sein, was verabredet wurde, aber die Dinge haben sich geändert. Schauen Sie sich die anderen Länder einmal an, blicken wir zum Beispiel nach Sachsen: Das ist ein Nehmer-Land im Länderfinanzausgleich und bekommt ungefähr eine Milliarde Euro. Wissen Sie, was dieses Land in den von Ihnen soeben so viel gelobten Pensionsfonds in diesem Jahr einstellt? – 314 Millionen Euro stellt Sachsen in den Pensionsfonds ein. Wie viel stellt Bayern im nächsten Jahr ein?

Null Euro! Sie loben den Pensionsfonds, zahlen nichts, und Sachsen bezieht Geld aus dem Länderfinanzausgleich und kann damit den Pensionsfonds speisen. Ist das noch gerecht? Ist das noch ein guter Länderfinanzausgleich? – Ich meine: Nein. Das muss korrigiert werden. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Herr Ministerpräsident, andere Länder zahlen aus den Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich Ganztagschulen. Sie nicht! Mir scheint, Ihnen ist es lieber, in anderen Ländern über Mittel aus dem Länderfinanzausgleich Ganztagschulen zu errichten, anstatt im eigenen Land mit eigenem Geld das Gleiche zu tun.

Überall dort, wo die CSU Verantwortung trägt, wird öffentliches Eigentum verhökert und werden damit Haushaltslöcher gestopft

Übrigens, manchmal helfen Vergleiche im eigenen Land weiter. Vergleichen Sie zum Beispiel die Haushaltsdaten Bayerns mit denen unserer Landeshauptstadt München. München hat auch einen ausgeglichenen Haushalt. München tritt sogar in diesem und im nächsten Jahr in die Schuldentilgung ein, was Sie nicht schaffen, Herr Faltlhauser.

Der bemerkenswerteste Unterschied liegt darin: München hat im Gegensatz zu Ihnen sämtliches öffentliche Eigentum behalten und nichts verscherbelt und nichts verkauft.

Überall dort, wo die CSU Verantwortung trägt, wird öffentliches Eigentum verhökert und werden damit Haushaltslöcher gestopft. Die Landeshauptstadt München hat alles behal-

ten, jede Wohnung, die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe, die Krankenhäuser, und tritt noch in den Schuldendienst ein. Das ist eine bessere Haushaltspolitik.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wohin versickern die 2,5 Milliarden Euro, die Sie zusätzlich einnehmen? – Sie versickern im Haushalt in einer viel zu großen Ministerialbürokratie und in einer zu großen Staatsverwaltung in den obersten Dienstbehörden im Freistaat Bayern.

Der Oberste Rechnungshof schreibt dazu: „Die Zahl der Spitzenpositionen bei Staatskanzlei und Staatsministerien hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt: bei den B-3-Stellen plus 2,5%, bei den B-6-Stellen plus 14 %, bei allen Stellen zwischen A 16 und B 9 insgesamt plus 4 %.“

Oben werden also die Stellen fett ausgeweitet, und unten bluten die kleinen Verwaltungsangestellten und müssen mit ihrer Arbeit die Zeche bezahlen. Diese Schlussfolgerung war allerdings von mir und nicht vom Obersten Rechnungshof.

Auch Ihre viel gelobte Polizeireform ist Murks, meine Damen und Herren. Nach Meinung der Fachleute verschlingt sie 60 Millionen Euro ohne positives Resultat. Die Polizeipräsidenten wissen das und könnten darüber berichten, wenn Sie ihnen keinen Maulkorb umgehängt hätten. – Das Geld verschwindet also in der Bürokratie im Freistaat Bayern.

Lebensmittelskandale: ein nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden für uns und unsere Landwirtschaft

Im Haushalt müssen Prioritäten auf den wichtigsten Feldern gesetzt werden. Ich will Ihnen einige nennen. Ich beginne mit denen, die Sie bezeichnenderweise völlig ausgelassen haben. Bei Ihnen findet sich nichts zum Thema Umwelt, nichts zum Thema Klimaschutz, nichts zum Thema Gesundheit. Wir hätten von Ihnen auch gerne eine Antwort auf die Lebensmittelskandale in Bayern in den letzten Wochen und Monaten gehabt.

Deswegen dazu einige Anmerkungen: Erstens. Bayern könnte Feinkostladen Europas sein. „Könnte“, meine Damen und Herren! Wenn man heute von der Schmankerlecke Bayern spricht, kommt schallendes Gelächter auf. Das ist doch das Problem. Sie haben mit Ihrer Nachlässigkeit in dieser Frage dem Qualitätsanspruch der bayerischen Lebensmittel und noch dazu unserer Ernährungswirtschaft massiv geschadet.

Weil Sie so selbstgerecht und ahnungslos sind, hat Herr Herrmann den Untersuchungsausschuss als den bisher überflüssigsten bezeichnet, den wir je hatten. Was stellt sich jetzt heraus? – Jede Woche, fast jeden Tag gibt es einen neuen Lebensmittelskandal. Da werden Waren umetikettiert; da werden ekelerregende Lebensmittel in Umlauf gebracht, und das alles unter dem Etikett „Qualität aus Bayern“. Das ist ein nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden für uns und unsere Landwirtschaft.

In Ihrer Regierungserklärung hätte ich gerne etwas zu der Frage gehört, was Sie jetzt zu unternehmen gedenken, um unsere Landwirtschaft und unsere Ernährungswirtschaft wieder zu stärken.

Zweitens. Bayerns Landwirtschaft und Bayerns Ernährungswirtschaft brauchen gentechnikfreies Saatgut und gentechnikfreie Lebensmittel. Herr Seehofer, ein CSU-Minister in Berlin, hat leider angekündigt, den Einsatz grüner Gentechnik erleichtern zu wollen. Ich halte das für einen Irrweg und für einen schweren Fehler. Mein Credo lautet: Gute Landwirtschaft ist gentechnikfrei, gute Landwirtschaft braucht keine Gentechnik.

Bayern muss Weltmarktführer auf dem Feld der erneuerbaren Energien werden

Drittens. Bayern muss Weltmarktführer auf dem Feld der erneuerbaren Energien werden. Dieses Ziel kann nicht erreicht werden, wenn Sie, meine Damen und Herren, weiter an der Atomenergie festhalten.

Ich höre von Herrn Söder, dass er dagegen ist, dass ein Endlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Bayern errichtet wird. Jawohl, da sind wir auf Ihrer Seite. Wir möchten auch kein Endlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Bayern, Herr Ministerpräsident. Wer sich aber für Atomenergie einsetzt, wer 70 % seiner Energieversorgung aus Atomenergie bezieht, wer den Ausbau der Atomenergie fordert, der wirkt nicht glaubwürdig, wenn er sagt: Aber den Dreck sollen gefälligst andere nehmen.

Das ist nicht in Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Unsere Chance liegt eben nicht in der Beibehaltung eines Atomkurses, sondern in der technologischen Entwicklung alternativer Energien. Bayern hat dafür die besten Voraussetzungen, weil unsere Bevölkerung umweltbewusst ist und sämtliche Bundesprogramme zur Förderung alternativer Energien in Bayern besonders stark nachgefragt werden. Sie wollen das aber nicht, sondern halten an der Atomenergie fest. Das ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht eine katastrophale Politik.

Bayern muss ein Land der Gerechtigkeit werden und darf sein soziales Gesicht nicht verlieren.

Viertes Thema: Bayern muss ein Land der Gerechtigkeit werden und darf sein soziales Gesicht nicht verlieren. 2003 hat die CSU bei den Landtagswahlen einen großen Erfolg erzielt, weil sie den Menschen vor den Wahlen verschwiegen hat, was sie nach der Wahl an radikalen Kürzungsmaßnahmen durchsetzen wollte. Prinzessin von Thurn und Taxis, die Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, sagt über Ihre Sozialpolitik, Herr Ministerpräsident: „Mich erschreckt die Kälte, die Ministerpräsident Stoiber neuerdings in sozialen Fragen an den Tag legt.“

Ich sage: Wenn es in Bayern gerecht zugehen soll, dann müssen wir gerade die Schwachen mitnehmen. Heute ist es leider so, dass selbst die Schuldnerberatungen Insolvenz anmelden müssten, wenn Sie nicht in einer Notaktion gerade noch rechtzeitig eine halbe Million Euro über den Tisch geschoben hätten. Die Schuldnerberatung ist nur *ein* Beispiel. Kürzungen gab es über alle Bereiche hinweg: bei der Familienberatung und bei den Familienleistungen, bei der Jugendförderung, im Landesplan für Menschen mit Behinderungen, beim Blindengeld, im Landesplan für Altenhilfe, bei der Ausländerberatung und so weiter und so fort. Jetzt verkaufen Sie es als großen Erfolg und gute vorweihnachtliche Botschaft, dass Sie im Sozialetat angeblich nicht weiter kürzen. Noch vor zwei Jahren haben Sie die sozialen Einrichtungen und Dienste auf offener Straße überfallen und brutal ausgeraubt, – und jetzt sagen Sie: Seid froh, dass wir euch heuer nicht schon wieder überfallen und ausrauben.

Sie kommen nicht auf die Idee, ihnen das Geraubte wieder zurückzugeben. Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Herr Dr. Markert, sagt dazu so einfach wie unmissverständlich – ich zitiere: „Die Streichungen der Bayerischen Staatsregierung gefährden das soziale Bayern. Das geht nicht zugunsten, sondern zulasten der kommenden Generationen.“ Dem ist wenig hinzuzufügen.

Stoiber: Politik zulasten der schwächsten Menschen in unserem Lande.

Fünfter Punkt: Soziale Gerechtigkeit ist in Deutschland und in Bayern in den Augen der meisten Menschen ein ganz besonders wichtiges Gut. Das gilt gerade auch gegenüber pflegebedürftigen Menschen, ob zu Hause oder in Pflegeheimen. Bezeichnenderweise haben Sie auch dieses Thema ausgespart. Derzeit leben knapp 100 000 Menschen in Bayern in Pflegeeinrichtungen. Nicht überall sind die Pflegebedingungen menschenwürdig und so angemessen, wie wir sie uns selbst für unser eigenes Alter vorstellen und wünschen würden. Deshalb wollen wir Verbesserungen in der Pflege erreichen und werden dazu Vorstellungen für ein neues Bayerisches Heimgesetz vorlegen. Sie wollen offenbar keine Verbesserungen für die Pflegebedürftigen erreichen. Anders ist es nicht zu erklären, dass Sie sich aus der staatlichen Förderung der stationären Altenhilfe zurückziehen und dafür alle Zuschüsse des Staates streichen.

Das ist wirklich keine sozialpolitische Großtat und ein schlimmer Fehler, weil er nachhaltige Folgen haben und zur Privatisierung und Verteuerung der Pflege führen wird. Die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege kommentiert Ihre Entscheidung wie folgt:

Für die Heimträger innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch für die Gebietskörperschaften ist der Rückzug des Freistaates aus der Investitionskostenförderung ein massiver Vertrauensbruch. Dieser Wegfall der Förderung durch den Freistaat Bayern führt zu einer Erhöhung der Heimkosten von bis zu 130 Euro monatlich. Das ist Politik zulasten der schwächsten Menschen in unserem Lande.

Bayern könnte das familienfreundlichste Land Deutschlands sein. Wir sind es nicht, weil die Mehrheitspartei immer noch nicht in der Gegenwart angekommen ist

Sechster Punkt: Auch Familien mit Kindern leben gerne in Bayern. Sie haben aber Probleme, insbesondere was die Kinderbetreuung betrifft. Sie haben diesem Thema eine erfreuliche Aufmerksamkeit gewidmet. Bayern könnte in der Tat das familienfreundlichste Land Deutschlands sein. Warum sind wir das aber bei Weitem nicht? – Wir sind es nicht, weil die Mehrheitspartei in vielen gesellschaftspolitischen Fragen, insbesondere beim Frauen- und Familienbild, immer noch nicht in der Gegenwart angekommen ist, – sondern an alten, völlig überholten Ideologien festhält. Für diese Rückständigkeit der CSU müssen Frauen und Familien in Bayern einen hohen Preis bezahlen. Bayern ist das Land mit dem schlechtesten Angebot an Kinderkrippen in ganz Deutschland.

Das liegt daran, dass Sie noch vor wenigen Jahren Kinderkrippen als sozialistisches Teufelszeug verunglimpft haben, auch in diesem Haus. Heute fordert die Münchner CSU einen Versorgungsgrad mit Kinderkrippen von 60 %.

Das muss man sich einmal vorstellen. Vor Jahren haben Sie noch gesagt, Kinderkrippen kommen für uns nicht infrage; jetzt fordern Sie einen Versorgungsgrad von 60 %. Das ist ein Treppenwitz.

Wenn Sie im Doppelhaushalt – Frau Stewens, Sie sind nicht zu beanstanden, Sie haben sechs Kinder, ich komme darauf nachher noch zu sprechen – wenigstens die Zuschussmittel des Freistaates Bayern eingestellt hätten, die Sie bräuchten, um einen Versorgungsgrad von 60 % bei den Kinderkrippen in München zu realisieren, dann wäre das eine konsistente Politik. Weil Sie das nicht getan haben, ist es reine Wählertäuschung.

Nein, mit jungen Familien haben Sie wenig im Sinn. Auch unsere Forderung, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen, verweigern Sie sich. Herr Söder darf das zwar fordern, weil die Menschen es wünschen; aber die CSU hält wenig davon.

Frauen sind in Bayern nach wie vor benachteiligt, wenn sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollen. Wir wollen Wahlfreiheit: Es ist völlig in Ordnung, wenn ein Vater oder eine Mutter zu Hause bei seinen oder bei ihren Kindern bleibt. Es ist aber auch in Ordnung, wenn ein Vater oder eine Mutter Kinder haben und einer beruflichen Tätigkeit außer Haus nachgehen will. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Die Bayerische Verfassung fordert gleiche Chancen für Frauen. Die sind in Bayern nicht gegeben. Werfen wir einen Blick in unsere Hochschulen: Mehr junge Frauen als junge Männer machen das Abitur, und junge Frauen nehmen häufiger als junge Männer ein Studium auf. An den bayerischen Hochschulen beträgt der Professorinnenanteil nur 9,4 %. Das ist der letzte Platz in Deutschland. 82 % der Professorinnen haben keine Kinder.

Das beweist doch, dass es für Frauen, die beruflich genauso erfolgreich wie Männer sein wollten, nicht möglich war, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das ist der Beweis. Das betrifft nicht nur Professorinnen – um die geht es hier nicht in erster Linie –, sondern das trifft alle Frauen in diesem Land.

Kein Wunder, dass es nur drei Frauen in die Bayerische Staatsregierung geschafft haben

Frau Stewens, Sie haben sechs Kinder, das ist in Ordnung. Im Jahr 2005 gab es in Bayern nur noch 107 000 Geburten. Das ist der niedrigste Stand seit 1979, obwohl wir damals 1,6 Millionen Einwohner weniger hatten. Das ist das Ergebnis Ihrer Familienpolitik!

Im Übrigen ist das auch kein Wunder, Frau Merk, Frau Müller und Frau Stewens, dass es nur drei Frauen in die Bayerische Staatsregierung geschafft haben. Drei Frauen unter 18 Kabinettsmitgliedern, das ist der schlechteste Stand von allen deutschen Regierungen. Das ist armselig, was Sie hier zustande bringen, Herr Stoiber!

Jetzt haben Sie, Herr Stoiber, Ihre Zukunftskommission vorgestellt. Wie hieß das: Die 19 besten Köpfe Bayerns? Das haben Sie gesagt, Herr Stoiber. Darunter ist nicht eine einzige Frau! Herr Stoiber, so etwas gibt es doch sonst nur in muslimischen Gottesstaaten, aber nicht in einer Demokratie, in der Frauen und Männer gleiche Rechte haben.

Die Rettung naht aber, denn die CSU diskutiert ein neues Grundsatzprogramm. Man höre und staune: Im neuen Grundsatzprogramm versucht die CSU, in der Gegenwart anzukommen. Es kommen Frauen darin vor, Familien, sogar die Gleichstellung der Frau. Sogar Lesben und Schwule kommen darin vor.

Die CSU sagt, das ist keine Krankheit, sondern nur eine Lebensform. Herzlichen Glückwunsch für diese großen Anstrengungen, die Sie leidenschaftlich diskutiert haben.

Mehrwertsteuer: Wenn man die Bürgerinnen und Bürger schon zur Kasse bittet, dann sollen sie wenigstens etwas Vernünftiges dafür bekommen, nämlich ein besseres Bildungssystem.

Siebter Punkt. Es ist mittlerweile gänzlich unbestritten, dass unser Bildungssystem unterfinanziert ist, in Bayern sogar extrem unterfinanziert ist. Dieser Befund gilt für die gesamte Bildungskette von der Kindertagesstätte über die Schulen und Hochschulen bis zur Erwachsenenbildung. Bei der Erwachsenenbildung wollten Sie sich ganz aus der Förderung

zurückziehen. Unsere Hochschulen haben eine Überlast von 200 % bis 300 % und müssen damit kämpfen. Jetzt hätte es die Möglichkeit gegeben, unser Bildungssystem endlich besser zu finanzieren. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen im nächsten Jahr 900 Millionen Euro allein durch die höhere Mehrwertsteuer. Wenn man die Bürgerinnen und Bürger schon zur Kasse bittet, dann sollen sie wenigstens etwas Vernünftiges dafür bekommen, nämlich ein besseres Bildungssystem.

Der Anteil, den Sie für die Schulen ausgeben, ist in den letzten Jahren noch geringer geworden als er ohnehin schon war. An den Grund- und Hauptschulen sinkt die Zahl der Lehrer ebenfalls. An den Grund- und Hauptschulen sollen im nächsten und im übernächsten Jahr insgesamt 1660 Planstellen gestrichen werden. Herr Stoiber hat den rührenden Brief eines Hauptschülers oder einer Hauptschulklasse aus Schwabach vorgelesen. Der Schüler hat gesagt, wir sollen die Hauptschulen nicht schlechtreden.

Wir reden die Hauptschulen nicht schlecht, aber Sie behandeln sie schlecht, und das ist das Problem. Das ist der entscheidende Punkt!

Warum wollen die Eltern ihre Kinder denn nicht mehr an die Hauptschule geben? Warum nicht? – Sie wissen, dass ihre Kinder dort schlechtere Bildungs-, Lebens- und Arbeitsmarktchancen haben. Das ist der entscheidende Punkt. Die Eltern wissen, dass die Hauptschulen mit so vielen Problemen zu kämpfen haben und, dass Sie den Hauptschulen nicht helfen, die Probleme zu lösen. Es gibt keine Ganztageshauptschulen, es gibt keine ausreichende Ausstattung, die Klassen sind viel zu groß. Das ist es, was Sie den Hauptschulen antun. Deshalb dürfen Sie hier keine Krokodilstränen zugunsten der Hauptschulen weinen!

Sie lassen die Hauptschulen am langen Arm verhungern, am Lande lassen Sie sie sogar sterben. Bei den Berufsschulen, Realschulen und bei den Gymnasien sieht es nicht besser aus. Ich zitiere den Vorsitzenden des Bayerischen Realschullehrerverbandes, Herrn Huber. Herr Huber sagt Folgendes: „Es ist den Realschulen versprochen worden, dass sich zumindest nichts verschlechtern wird. Nicht einmal dieses Versprechen ist gehalten worden, im Gegenteil.“ So weit der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbandes. Und Herr Huber verweist darauf, Herr Ministerpräsident, dass der Klassendurchschnitt wieder steigt, dass er jetzt bei 28,83 liegt und dass es in Bayern 290 Klassen mit mehr als 34 Schülern gibt. Herr Huber sagt, wenn in Bayern keine Realschulklasse über 33 Schüler haben soll, dann bräuchten wir allein dafür 800 zusätzliche Lehrer. Angesichts der bildungspolitischen Sonntagsreden, die Sie immer halten, ist das ein Offenbarungseid.

Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Herr Max Schmidt, sagt zur Situation: „Wir haben die schlimmste Situation an unseren Schulen, seit ich Lehrer bin.“ – Der Mann ist schon seit 25 Jahren Lehrer.

Ein Bildungssystem, das nicht zumindest versucht, soziale Ungleichheit auszugleichen und aufzuheben, können wir uns nicht länger leisten

Achter Punkt. Wenn es gerecht zugeht, darf Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Diese Forderung, die im Übrigen auch in der Bayerischen Verfassung steht, wird in Bayern geradezu mit Füßen getreten. Nirgendwo in Deutschland bestimmt die Herkunft eines Kindes in dem Ausmaß über seinen Bildungserfolg und seine eigenen Lebenschancen, wie das in Bayern der Fall ist. Wenn Sie das bestreiten, dann lesen Sie Ihren eigenen bayerischen Bildungsbericht 2006. Dort stehen Ausführungen, deren Zitat, die ich Ihnen an dieser Stelle erspare, die aber deutlich machen, dass die Bildungschancen in Bayern extrem ungerecht verteilt sind. Ich sage, ein Bildungssystem, das nicht zumindest versucht, soziale

Ungleichheit auszugleichen und aufzuheben, können wir uns nicht länger leisten. Wir können uns das aus moralischen Gründen nicht leisten, aber auch nicht aus sozialen und ökonomischen Gründen. Wir können es uns nicht leisten, dass jedes Jahr 10 % eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen, weil es zu wenig individuelle Förderung gibt.

In Bayern gibt es die höchste Quote an Durchfallern, und wir haben eine stets steigende Nachfrage an Nachhilfestunden für den Nachmittag. Das können wir uns nicht leisten. Wir brauchen mehr Ganztagschulen, deren Zahl bisher in Bayern mikroskopisch gering ist. So darf das nicht bleiben.

Wir bringen eine verlorene Generation zustande, die keine Arbeitsmarkt- und Berufschancen haben wird. Ihnen gelingt es in Ihrem Doppelhaushalt sogar, zusätzlich neue Bildungshürden mit dem Büchergeld und den Studiengebühren aufzurichten.

Bei den Studiengebühren ist übrigens kein Erlass aus wirtschaftlichen Gründen vorgesehen. Niemand kann aus wirtschaftlichen Gründen von der Zahlung von Studiengebühren befreit werden. Ist das sozial gerecht? Ist das soziale Politik?

Meine Kinder und Ihre Kinder können studieren, weil es sich das Elternhaus leisten kann. Aber was macht eine Arbeiterfamilie? Was macht eine Hartz-IV-Empfänger-Familie? Wenn man weiß, dass Ausbildung immer teurer wird und man am Ende eines Studiums, wo man auch nicht weiß, ob man gleich einen Arbeitsplatz findet, mit zigtausend Euro Schulden dasteht, muss man sich fragen: Werden die Kinder ein Studium absolvieren oder beginnen? Nein, das werden sie vielfach nicht. Das ist eine schlechte Nachricht und ein schwerer Fehler Ihrer Politik.

Ich zitiere den früheren Rektor der Münchner Universität, Herrn Prof. Heldrich. Er schrieb in der „Bayerischen Staatszeitung“ wörtlich: „Gewiss werden auch nach Einführung von Studiengebühren Abiturienten aus einkommensschwachen Familien noch den Weg zur Universität finden. Ihr Anteil an der gesamten Studentenschaft wird aber sicherlich zurückgehen. Wir müssen uns fragen, ob wir diese Auswirkung gegenüber den betroffenen jungen Leuten tatsächlich verantworten können.“

Recht hat er. Wir meinen, das können wir nicht verantworten.

Vor allem wollen wir aber erreichen, dass die Arbeitslosigkeit im ganzen Land Bayern zurückgeht

Neuntens. Noch immer ist die hohe Arbeitslosigkeit das größte soziale und wirtschaftliche Problem unseres Landes, obwohl wir in den letzten Monaten einige durchaus positive Nachrichten wahrnehmen konnten. Deutschland wird, so hat man gestern in den Zeitungen gelesen, wieder zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Welt gezählt. Das ist kein Anlass zu Begeisterung, aber schon Anlass zur Zuversicht.

Vor allem wollen wir aber erreichen, dass die Arbeitslosigkeit im ganzen Land Bayern zurückgeht. In Teilen unseres Landes ist sie noch bedrückend hoch. In Ostbayern, Oberfranken, im westlichen Mittelfranken ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, auch die Jugendarbeitslosigkeit. Außerdem ist die Ausbildungssituation schlecht. In diesen regionalen Unterschieden Bayerns spiegeln sich deutlich die Versäumnisse der Staatsregierung in der Regional- und Strukturpolitik wider. Man kann über die gute Lage der Region in München froh sein. Das sind natürlich auch wir. Es hilft aber nicht den Menschen in den strukturschwachen Gebieten Bayerns.

In Hof haben Sie zum Beispiel einen Flughafen unterstützt. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich habe dieses Projekt immer mit unterstützt, weil ich glaube, dass es ein

Hoffnungszeichen für diese Region ist. Aber ein Flughafen allein hilft natürlich nichts, wenn Sie es nicht schaffen, drumherum eine aktive Standortpolitik zustande zu bringen und dort Arbeitsplätze anzusiedeln.

Sie haben in Hof ganz groß einen Automobilzulieferpark angekündigt. Als die erste Firma kam, waren gleich vier Minister dort, um den Park zu eröffnen. Ich glaube, das war im Jahr 2004.

Wissen Sie übrigens, wie dieser Automobilzulieferpark heißt? Herr Huber liebt ja englische Begriffe. Der Automobilzulieferpark heißt „Pole Position“. Wissen Sie, wie „Pole Position“ in Hof aussieht? Den Flughafen machen Sie zu. Zulieferer und andere Betriebe haben Sie nicht ansiedeln können. Derjenige, den man damals gefeiert hat, ist schon wieder weg. Und auf der aktuellen Homepage der „Pole Position“ findet sich als letzter Eintrag einer vom Herbst 2005. Das Jahr 2006 findet gar nicht mehr statt.

Das sind die Ergebnisse Ihrer bayerischen Regionalpolitik. Vielleicht wäre es besser, statt wohlklingender Cluster einmal tatsächlich handfeste, praktische Industriepolitik zu machen.

Stärkung der Infrastruktur statt Effekthascherei

Dazu gehört übrigens auch eine Stärkung unserer Infrastruktur. Viele konkrete Projekte sind überfällig. Wir brauchen sie dringend.

Mit einer Pkw-Maut würde ich die Finanzierung nicht vornehmen. So schreibt auch die „Süddeutsche Zeitung“ über Ihren Vorschlag. So ist der neuerliche Maut-Vorschlag der CSU kein ernsthafter Diskussionsbeitrag, Herr Söder, sondern Effekthascherei einer Partei, die sich sorgt, bundespolitisch an Bedeutung zu verlieren.

Was wir nicht brauchen, ist ein Transrapid. Sie haben nicht einmal das Geld, den Transrapid zu finanzieren. Das ist auch gut so. Deswegen bin ich damit zufrieden.

Ich komme zum Schluss. Wir haben durch die Föderalismuskommission in der Tat neue Möglichkeiten der Gestaltung in der Landespolitik. Das müssen Sie aber auch können und schaffen, Herr Kollege Herrmann. Lassen Sie uns den Ladenschluss regeln. Lassen Sie uns ein Rauchverbot in den Gaststätten durchsetzen. Machen wir das! Das können wir.

Aber bei Ihnen geht es drunter und drüber. Bei der Pkw-Maut sind Sie sich nicht einig. Beim Ladenschluss sind Sie sich nicht einig. Beim staatlichen Wettmonopol sind Sie sich nicht einig. Wie es beim Rauchverbot ist, weiß ich nicht. Beim letzten Kindergartenjahr sind Sie sich auf jeden Fall nicht einig. Für die Untersuchung von Kindern könnten wir längst ein eigenes Landesgesetz haben. Im Saarland ist ein solches Gesetz bereits einstimmig beschlossen worden. Es schließt auch eine Untersuchung ein. Jetzt machen auch wir das. Wir legen Ihnen gern einen solchen Gesetzentwurf zur Zustimmung vor.

Herr Stoiber will seine Regierung umbilden. Das wäre natürlich hilfreich. Aber wirklich nützen wird es nicht. Nur eine andere Politik, eine bessere Politik für unser Land würde etwas nützen. Aber eine solche Politik bringen Sie nicht mehr zustande.